POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE OKTOBER 2022 | 18. JAHRGANG



Die explodierenden Preiseführen zu existenziellen Sorgen. Viele Menschen haben Rechtsansprüche auf staatliche Gelder, ohne sie zu beantragen. Obwohl die Leistungen zu niedrig sind und die Beantragung nicht immer unkompliziert ist, raten wir zur Beantragung. Wir haben die aus unserer Sicht wichtigsten Leistungen zusammengetragen. **Siehe Seite 3**



Gedenken an Seelenbinder

Werner Seelenbinder wurde am 24. Oktober 1944 ermordet. Wir gedenken seiner. Außerdem widmet sich unser Gastautor Dr. Hans-Joachim Koch dem 9. November in der deutschen Geschichte – von der Novemberrevolution 1918 über die Nazizeit bis hin zur „Wende“ 1989.

SEITE 4



Gerechtigkeit. Jetzt! - Demo

Es braucht bezahlbare Mieten sowie höhere Renten und Sozialleistungen – das sind u. a. Forderungen des Bündnisses „Gerechtigkeit. Jetzt!“ und ruft auf zur Großdemo am Sonnabend, 15. Oktober 2022, ab 14.00 Uhr Am Alten Markt in Potsdam.

SEITE 5



Gegen die Krisen-Situation

Wohnungskündigungen verhindern, fordert das Mitglied des Landtages Isabelle Vandre mit Bezug auf die derzeitige Situation im Land. Und „in den Arzt-Praxen wird es kalt und dunkel“ prophezeit die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg für den kommenden Winter.

SEITE 6

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Im Mittelpunkt natürlich auch in dieser Ausgabe die Themen und Beschlüsse der jüngsten SVV-Sitzung vom 5. Oktober 2022. So der Bürgerhaushalt, die Josephinen Wohnanlage sowie mögliche Gehaltserhöhungen bei der ViP. Detalliert nimmt der Fraktionsvorstand Stellung in eigener Sache.

SEITEN I – IV

Auch in der Krise: Konsequent gegen den Faschismus



Das politische Modell der AfD baut darauf auf, Verwerfungen des Kapitalismus und Auswirkungen gesellschaftlicher Krisen aufzugreifen und mit schlichten Antworten Scheinlösungen anzubieten. Ob globale Migration, Klimakrise, Covid19 und nun die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine – die AfD versucht mit rassistischer Stimmungsmache und Fakenews die Gesellschaft zu destabilisieren und daraus Kapital zu schlagen.

Die Auswirkungen der Inflation und der Kosten der Umstellungen der Energieimporte, weg von russischem Öl und Gas, sind ein massives gesellschaftliches und ökonomisches Problem. Letzteres hätte mit einer konsequenteren Umsetzung der Energiewende schon vor Jahren angegangen werden müssen, wurde aber von der Kohle- und Öllobby mit dem Segen konservativer und sozialdemokratischer Regierungen über Jahrzehnte blockiert. Die Folgen des aktuellen Krieges in der Ukraine und die Importabhängigkeit von Russland fallen uns allen nun mächtig auf die Füße. Es drohen Insolvenzen des Mittelstandes und eine sich noch verschärfende Verarmung breiter Teile der Bevölkerung bis tief hinein in die Mittelschicht. DIE LINKE ist hier politisch klar:

1. Menschen entlasten – 125 Euro pro Haushalt und 50 Euro pro Personal

2. Konzerne und Superreiche besteuern – Die Lasten gerecht verteilen: Vermögensabgabe und Extragewinnsteuer

3. Preise von Strom und Gas deckeln – sozialer Sockelbetrag pro Haushalt und Vielbedarfe verteuern

4. Klima und Verkehrswende jetzt: Strom- und Wärmenetze in öffentlichen Hand. Den ÖPNV schrittweise kostenfrei machen und Bus- und Bahn ausbauen.

Der tonangebende, harte Kern von Faschist:innen in der AfD versucht in dieser Situation Anschluss an breite Teile der Gesellschaft zu finden. In der Tradition des Strasser-Flügels der NSDAP versuchen sie, mit völkischer Sozialpolitik den berechtigten Unmut in der Bevölkerung aufzugreifen. Die AfD stellt gezielt Forderungen, die bei oberflächlicher Betrachtung originär links sein könnten. Sie versuchen realen sozialen Protest von Gewerkschaften, Unternehmens- und Sozialverbänden zu unterwandern und zu kapern. Aufgabe antifaschistischer Kräfte ist es, die Scheinheiligkeit dieser Strategie offenzulegen. DIE LINKE ist eine antifaschistische Partei. Selbst wenn sich die Faschist:innen sozialer Themen bedienen, sind sie für uns der politische Gegner. Weder in Sach- und Personalfragen, noch auf der Straße wird es Kooperationen mit ihnen geben. Unsere Mitglieder engagieren sich gegen Rassismus, Antisemitismus und für eine Welt des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen. Diese klaren Grundsätze zu erhalten, ist nicht immer leicht, da DIE LINKE eine pluralistische Partei ist. Aber Pluralismus endet mit der Missachtung unserer Grundwerte. Keinen Millimeter dem Faschismus!

Marlen Block, Roland Gehrmann
Kreisvorsitzende
DIE LINKE Potsdam

Siehe dazu auch: Rathausreport Seite IV

Unsere Mitglieder haben entschieden

Eine Mehrheit, der teilnehmenden Mitglieder, hat sich für die Aufnahme eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE) in die Programmatik der Partei entschieden. 56,64 % der Mitglieder sprachen sich dafür aus, 38,43 % dagegen. „DIE LINKE kämpft für einen starken Sozialstaat und eine armutsfeste sanktionsfreie Mindestsicherung und wird künftig das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) in ihre Programmatik aufnehmen. Der Wunsch eines mehrheitlichen Teils wird nach einem Vorschlag des Parteivorstandes bei einem Parteitag zur Abstimmung gebracht“, erklärt Tobias Bank, Bundesgeschäftsführer der LINKEN.

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint im November

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



DIE LINKE HILFT MIT KOSTENLOSER SOZIAL- UND RECHTSBERATUNG

Mehr Geld in der Krise

Diese Ansprüche auf staatliche Gelder hast Du:

Die explodierenden Preise bringen uns in existenzielle Sorgen. Viele Menschen haben Rechtsansprüche auf staatliche Gelder, ohne sie zu beantragen. Wir haben die aus unserer Sicht wichtigsten Leistungen zusammengetragen.

Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«) – Für Arbeitnehmer:innen

• Einmalzahlung beantragen! Auch ohne regulär ALGII zu beziehen, können Einmalzahlungen für die Erstausstattung der Wohnung, bei Schwangerschaft und bei orthopädischem/therapeutischem Bedarf beantragt werden. Das können bis zu 2.600 Euro sein. Die Beantragung erfolgt formlos, d.h. es gibt kein Formular, sondern ihr schreibt einfach einen Brief.

• Anspruch prüfen! Wenn ihr relativ wenig verdient, prüft unbedingt, ob ihr Anspruch auf ALG II habt. Sehr viele Menschen beantragen kein ALG II, obwohl es ihnen zusteht. Aus einem Anspruch folgen viele weitere Vergünstigungen (ÖPNV, Rundfunkbeitrag etc).

• In Notsituationen Darlehen beantragen! Wer ALG-II-Leistungen bezieht, kann zusätzlich Darlehen vom Jobcenter beantragen, um Notlagen zu überbrücken. Anerkannte Gründe hierfür sind bspw. defekte Haushaltsgeräte. Auch hier reicht ein formloser Antrag.

• Nebenkostennachzahlung beantragen! Wenn ihr eine Nebenkostennachzahlung bekommt, müsst ihr die Übernahme schnell, also bis zum Monat der Fälligkeit, beim Jobcenter beantragen.

Kinderzuschlag – Für Eltern

• Bei geringem Einkommen (mindestens 900 Euro brutto bei zwei Eltern) können Eltern den Kinderzuschlag beantragen, der maximal 229 Euro pro Kind beträgt.

• Ihr beantragt das Kindergeld bei der Arbeitsagentur, auch online.

Unterhaltsvorschuss – Für Alleinerziehende

• Zahlt der zweite Elternteil keinen Unterhalt und ihr bezieht nicht schon ALGII, steht euch Unterhaltsvorschuss zu. Zwischen 177 und 314 Euro pro Kind stehen euch zu.

• Ihr könnt den Unterhaltsvorschuss beim Jugendamt beantragen.

Wohngeld – Für Mieter:innen

• Mieter:innen mit geringem Einkommen können einen Zuschuss zur Miete beantragen. Im Durchschnitt werden 180–200 Euro gezahlt. Die Gehaltsobergrenze variiert, liegt aber um 1.100–1.200 Euro pro Monat bei einem Ein-Personen-Haushalt.

• Ihr könnt das Geld beim kommunal zuständigen Amt (bspw. Wohngeldämter der Bezirke in Berlin) beantragen.

BaföG – Für Schüler:innen und Studierende

• Die BAföG-Regelungen werden zum Oktober verändert, wodurch mehr Schüler:innen und Student:innen Anspruch haben könnten. Prüft, ob ihr Anspruch habt!

• Aus einem BAföG Anspruch ergeben sich weitere Vergünstigungen, z.B. müsst ihr keinen Rundfunkbeitrag mehr bezahlen.

• Ihr beantragt BAföG beim für euch zuständigen Studentenwerk.

Grundsicherung im Alter (»Mindestrente«) – Für Rentner:innen

• Rentner:innen mit geringer Rente können die Grundsicherung beantragen. Sie ist in der Höhe vergleichbar mit dem ALG II.

• Ihr könnt die Mindestrente beim Sozialamt beantragen.

Was ist zu beachten?

Zu wenig Geld zu haben, ist nicht die Schuld der Einzelnen. Es gibt zu wenig gut bezahlte Arbeitsplätze und die Sozialleistungen sind viel zu niedrig und oftmals zu kompliziert zu beantragen. DIE LINKE will mit euch zusammen politisch den Druck erhöhen, damit die Bundesregierung die Leistungen anhebt, die Preise deckelt und die Bevölkerung spürbar entlastet.

Obwohl die Leistungen zu niedrig sind und die Beantragung nicht immer unkompliziert ist, raten wir zur Beantragung. Das Geld steht uns zu und wir wollen die Ansprüche gemeinsam durchsetzen. Gemeinsam sorgen wir für Verbesserungen und kommen solidarisch durch die Krise.

DIE LINKE hilft: Kostenlose Sozial- und Rechtsberatung

Möchten Sie die Rechtsberatung in Anspruch nehmen? Dann melden Sie sich gern per Mail kgf@dielinke-potsdam.de oder telefonisch 0331/58392444 zur Terminreservierung bei uns. Auch ein spontanes Vorbeikommen ohne Termin ist möglich.

Das sind die nächsten Vor-Ort-Termine:

19.10. Bouman- Platz 16- 19 Uhr

26.10. Zentrum- Ost, Nähe Rewe 16- 19 Uhr

Alle Termine finden Sie unter: dielinke-potsdam.de/beratung





Im Widerstand gegen das Nazi-Regime

WERNER SEELENBINDER - 02.08.1904 - 24. Oktober 1944

Der Transportarbeiter Werner Seelenbinder war ein erfolgreicher Arbeitersportler. 1928 gewann er bei der Spartakiade in Moskau als einziger deutscher Arbeitersportler seinen Wettbewerb. Nach der Rückkehr aus der Sowjetunion schloss er sich der KPD an. Nach 1933 trat Seelenbinder der Sportvereinigung Ost-Berlin bei. Er nutzte internationale Wettkämpfe für die illegale Arbeit. 1933 gewann er den ersten von insgesamt sechs Titeln als Deutscher Meister im Ringen des Halbschwergewichts und qualifizierte sich für die Olympischen Sommerspiele 1936 in Berlin, wo er den vierten Platz im olympischen Wettkampf belegte. 1939 wurde Seelenbinder in den Rüstungsbetrieb Berlin-Marienfelde dienstverpflichtet. Hier gelang es ihm, eine illegale Widerstandsgruppe zu organisieren, die auch Kontakt zu den Widerstandsgruppen um Robert Uhrig und Alfred Kowalke hatte.

Am 4. Februar 1942 wurde Werner Seelenbinder festgenommen, nach über zwei Jahren Haft in verschiedenen Konzentrationslagern und Zuchthäusern wurde er am 5. September 1944 vom Volksgerichtshof in Potsdam zum Tode verurteilt.

Siebenundfünfzig Gefangene sollten am 24. Oktober 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet werden. Ein Sportler war unter ihnen. Die Hände auf den Rücken gefesselt, führten ihn zwei Beamte zum Schafott. Zuvor hatten die Nazis das dritte Gnadengesuch des Sportlers abgeschmettert. Werner Seelenbinder wollte kein Märtyrer sein. Laut den Akten des Volksgerichtshofs legte sich der Gefangene „ohne Widerstreben“ unter das Fallbeil. Um 12.36 Uhr hatte der Scharfrichter sein Werk vollbracht. Der Neuköllner NS-Widerstandskämpfer und Weltklasse-Ringer Werner Seelenbinder war tot.

Die Redaktion

Historisches Kalenderblatt: der 9. November...



1918 – KARL LIEBKNECHT SPRICHT IM BERLINER TIERGARTEN

Es ist schon ein seltener Zufall, wenn bedeutende historische Ereignisse zwar in unterschiedlichen Jahren, aber am selben Tag stattfinden. So ist es mit dem 9. November in der deutschen Geschichte.

1918 begann an diesem Tag die Novemberrevolution, das Kaiserreich wurde hinweggefegt, im Ergebnis der bürgerlichen Revolution entstand die Weimarer Republik. Die Hoffnungen der revolutionären deutschen Sozialdemokraten sowie der Führung der neugegründeten KPD auf eine sozialistische Revolution erfüllten sich nicht. 1938 stürmten in der Nacht vom 9. zum 10. November auf Geheiß der faschistischen Machthaber Angehörige der SS, der SA und der Hitlerjugend jüdische Einrichtungen in Deutschland und Österreich. Zahlreiche Synagogen gingen in Flammen auf. Es gab dazu keinen Aufschrei der deutschen Bevölkerung. Von den Nationalsozialisten wurde für diese antisemitischen Übergriffe der Begriff Reichskristallnacht geprägt.

Am Abend des 9. November 1989 begann der Fall der Berliner Mauer. Dilettantisch hatte die verunsicherte Führung der SED die geplante Reisefreiheit verkündet. An den Grenzübergängen lagen sich noch in der Nacht viele West- und Ostberliner in den Armen. Die sogenannte Wende nahm Fahrt auf. Viele Ideen für eine bessere DDR entstanden in der Bürgerbewegung. Schnell erkannte die Führung der BRD allerdings ihre historische Chance und versprach den Menschen in der DDR blühende Landschaften und vor allem die DM. Die neu gewählte Volkskammer der DDR beschloss den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD.

So viel kurz zu den Fakten. Geschichte wiederholt sich nicht. Man sollte dennoch aus der Beschäftigung mit ihr Schlussfolgerungen für die Gestaltung der Zukunft ziehen. Was haben uns nun diese drei Ereignisse zu sagen? Natürlich spielen historische Persönlichkeiten eine entscheidende Rolle, es sind aber die Volksmassen, die die Geschichte schreiben, so war es in der Novemberrevolution und auch in der Wendezeit in der DDR. Man sollte also nicht ungeduldig werden, wenn man wie die LINKEN heute für große Ziele kämpft und zunächst zu wenig Resonanz spürt. Die Geschichte lehrt auch, dass man tolerant sein muss. Nur aus der Vielfalt der Meinungen, die jedoch auf den gleichen politischen Grundlagen beruhen muss, kann der beste Weg gefunden werden. Die Ereignisse um den 9. November 1938 belegen allerdings auch wie notwendig es ist, gegen Antisemitismus, Faschismus und Kriegshetze aufzutreten. Man darf nicht zusehen, wenn nationalistische und chauvinistische Kräfte in der Gegenwart wieder ihr Haupt erheben, nicht nur in Deutschland und nicht nur in Reden zum historischen 9. November.

Dr. Hans-Joachim Koch

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe Oktober 2022

JOSEPHINEN WOHNANLAGE – VERSTÖSSE KONSEQUENT VERFOLGEN



Es ist genau einen Monat her, dass die Stadtverordnetenversammlung sich auf unsere Initiative erneut mit der Josephinen Wohnanlage befasste. Hintergrund war, die im Sommer öffentlich gewordene Vermietung der ehemaligen Wohnungen von Senior:innen auf einer Plattform für Ferienapartments. Dass Senior:innen dafür im Winter auf die Straße gesetzt wurden, ist immer noch ein absoluter Skandal! Hinzu kommt, dass die Vermietung von dringend benötigtem Wohnraum als Ferienapartment in den vergangenen Jahren europaweit zu einem Problem geworden ist. Um dem als Kommune begegnen zu können, gibt es die Möglichkeit eine sog. Zweckentfremdungssatzung erlassen zu können. Nach dieser muss die tageweise Vermietung von Wohnraum beantragt und durch die Kommune genehmigt werden. Potsdam hat eine solche Satzung. Eine Genehmigung der Vermietung als Ferienwohnungen haben die MK Kliniken jedoch nie beantragt. Aus diesem Grund forderten wir den Oberbürgermeister im September auf, ein Verfahren wegen Verstoß gegen die Zweckentfremdungssatzung einzuleiten. Parallel hat unsere Kreisvorsitzende Marlen Block Anzeige gegen die MK-Kliniken erstattet. Bei einem Rechtsverstoß droht eine Geldbuße bis zu 50.000€. Wie die Beigeordnete Brigitte Meier den Stadtverordneten nun mitteilte, befinde sich die Stadt immer noch in der Prüfung des Verstoßes. Große Hürde ist u.a., dass wohnungsgenau nachgewiesen werden muss, wie lange die Apartments leer standen und auf der Onlineplattform zur Vermietung angeboten wurden. Es ist verständlich, dass es eines rechtssicheren Nachweises bedarf, um gegen die MK Kliniken vorgehen zu können. Dennoch muss dem Verfahren jetzt oberste Priorität eingeräumt werden, um endlich gegen diese unsoziale und skandalöse Praxis vorgehen zu können. Die MK Kliniken haben der Stadt bereits viel zulange auf der Nase herumgetanzt. Daher ist es aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit, dass auch die Verhandlungen mit den MK Klinken zur Anmietung von Wohnungen eingestellt werden müssen.

Isabelle Vandre
Sprecherin für Mietenpolitik

Mit auf den Weg...



Es gibt dringenden Handlungsbedarf zum Wohl von Kindern und Jugendlichen. Es gibt einen Ort, an dem die Probleme von Kindern, Jugendlichen und Familien aus allen Lebenslagen in ihrer ganzen Komplexität ankommen und gelöst werden müssen - den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD). Ob Verhaltensstörungen, psychische Auffälligkeiten, Drogenmissbrauch oder Vernachlässigung, Kindesmissbrauch und Schulversagen, familiäre Probleme nach Trennung der Eltern, Armutsgefährdung - all das sind Gründe für die Mitarbeitenden des ASD, aktiv zu werden. Eine anspruchsvollere Aufgabe im System der sozialen Hilfen gibt es nicht. Seit Jahren schlagen die Mitarbeiter:innen wegen permanenter Überlastung Alarm. Die Bundesarbeitsgemeinschaft ASD/ Kommunale soziale Dienste empfiehlt eine Personalbemessung: 35 Fälle pro Personalstelle. In Potsdam sind es 70. Mit der Etablierung der Rufbereitschaft, also der Erreichbarkeit des ASD auch außerhalb der normalen Dienstzeit, haben Überlastungsanzeigen, Krankmeldungen und Fluktuation in diesem Arbeitsbereich weiter zugenommen. Gemeinsam mit der Grünen-Fraktion haben wir deshalb die Besetzung von 15 zusätzlichen Stellen gefordert, um den Gefahren für das Kindeswohl zu begegnen und die rechtzeitige Reaktion auf Probleme in Familien zu sichern. Das ist fachlich durchaus zu untersetzen. Auch der Armutsbericht der Stadt, in dem noch nicht einmal die Auswirkungen von Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und Inflation auf die Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Familien berücksichtigt werden konnten, liefert dazu eindrückliche Fakten. In der Debatte um diesen Antrag wurden der Handlungsbedarf und die gebotene Eile von allen Redner:innen betont. Umso unverständlicher ist es, dass dieser Antrag so nicht beschlossen wurde. Es gibt einen neu formulierten Auftrag, nach dem nun bis September 2023 eine Untersuchung zur Personalbemessung im ASD stattfinden soll. Diesem Antrag werde ich nicht zustimmen, auch wenn dort die Besetzung von 6 Personalstellen noch in diesem Jahr gefordert wird. Die sollen einzig der Stabilisierung der Rufbereitschaft dienen, beheben aber nicht im Ansatz das generelle Problem im ASD. Trotz des übergroßen Engagements der Mitarbeitenden wird es die Defizite noch lange Zeit geben. Es bleibt zu hoffen, dass dabei nicht allzu viele Kinder, Jugendliche und Familien mit ihren Problemen durch das soziale Netz der „Kinder- und familienfreundlichen Kommune“ Potsdam fallen. Wir werden an dem Thema dranbleiben!

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

Halbzeit beim Bürgerhaushalt 2023/24: Jetzt abstimmen!



Demokratische Teilhabe lebt vom Engagement jeder und jedes Einzelnen. Ohne fördernde Rahmenbedingungen ist dies jedoch auf Dauer nicht möglich. DIE LINKE tritt für ein Potsdam ein, in dem die umfassende Beteiligung aller EinwohnerInnen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen Grundlage des politischen Handelns wird. Ein gutes Instrument zum direkten Mitwirken, was in den Jahren durch unserer Arbeit qualifiziert wurde, ist der städtische Bürgerhaushalt. Ein Bürgerhaushalt, der echte Entscheidungsspielräume schafft, z.B. über Stadtteilbudgets, mit regelhaften Bürgerbefragungen, deren Ergebnisse dann auch umgesetzt werden, mit einer Beteiligungskultur, die Menschen gezielt aktiviert, hat einen großen Mehrwert für die Stadt. Stadtteilbudget gib es bereits, zwar nur alle zwei Jahre, aber immerhin. Leider gibt es noch kein festes Budget für den Bügerhaushalt, so dass die Vorschläge immer vom laufenden Haushalt abhängig sind. Unser Ziel ist es den Bürgerhaushalt mit einem verbindlichen Budget auszustatten, sodass beispielsweise direktdemokratische Verbesserungsvorschläge direkt aus dem Haushalt heraus gesteuert werden können. Noch bis zum 13. November 2022 läuft die Votierung zum Potsdamer Bürgerhaushalt. Ziel ist es, die Auswahl der 20 wichtigsten Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner für den Doppelhaushalt 2023/24 zu ermitteln. Mein Tipp: Längere Öffnungszeiten der städtischen Bibliotheken. Also stimmen sie ab und entscheiden sie mit. Es lohnt sich.

Sascha Krämer
Fraktionsgeschäftsführer

Fragen und Antworten



STEHEN GEHALTSERHÖHUNGEN BEIM VIP AN? DIE LINKE FRAGT NACH!

Gehaltserhöhungen beim ViP?

In der Stadtverordnetenversammlung vom 7. September kündigte der Oberbürgermeister Gehaltserhöhungen beim Potsdamer Verkehrsbetrieb an, um so der akuten Personalnot entgegenzuwirken. Fahrer von Bus und Tram sollen zukünftig das gleiche verdienen wie ihre Kolleg:innen in Berlin. Daher fragte der Stadtverordnete Sascha Krämer, welche konkreten Schritte bisher unternommen wurden, um diese Aussage umzusetzen?

Die Entgelte des Potsdamer Verkehrbetriebes haben seit Oktober früheres Berliner Niveau erreicht, antwortete der Baubeigeordnete Bernd Rubelt. Weil Berlin ebenso erhöht habe, bleibt die Landeshauptstadt Potsdam weiter hinterher. Der Stadtverordnete stellte fest: Wir hinken den Tarifbedingungen immer ein Jahr hinterher. Rubelt bestätigte das.

Sicherung der langfristigen Nutzung von Kitas

Üblicherweise betreiben freie Träger Kindertagesstätten in Gebäuden und auf Grundstücken, die ihnen von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt erstattet dafür die notwendigen Bewirtschafts- und Erhaltungskosten. Um dem ständig steigenden Bedarf an Kita-Plätzen in Potsdam gerecht werden zu können, haben sich einige Träger bereit erklärt, Grundstücke zu erwerben und darauf Gebäude zu errichten bzw. zu sanieren. So konnten viele Kita-Plätze gewonnen werden. Nach Aussage der Verwaltung sind 3 Kita-Träger mit 13 Kindertagesstätten diesen Weg gegangen.

Nun geht es darum, dass diese Liegenschaften langfristig, für 50 Jahre als Kitas bzw. für soziale Zwecke gesichert werden. Verbunden damit ist das Aushandeln der Modalitäten zur Finanzierung des Betriebs und zwar unter Berücksichtigung der Besonderheiten der jeweiligen Einrichtung. Es sind dazu Vereinbarungen zwischen den betroffenen Trägern und der Stadt abzuschließen. So ist es in dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom April 2018 festgelegt. Wir unterstützen dieses Vorgehen, auch weil es für beide Seiten, also für den Träger und für die Stadt, Planungs- und Finanzierungssicherheit bringt. So schließt das unter anderem die Möglichkeit der grundbuchlichen Sicherung ein.

Die betroffenen drei Träger haben signalisiert, dass die Verhandlungen nicht so recht voran gehen und es bisher zu keiner Vereinbarung gekommen ist.

Auf Nachfrage hat die zuständige Beigeordnete Frau Aubel den Abschluss der Verhandlungen nun für das Ende des Jahres in Aussicht gestellt. Als Grund für die so lange andauernden Verhandlungen wurden die bis ins Jahr 2011 beizuziehenden Betriebskostenabrechnungen der Träger genannt. Auch wissen wir aus Erfahrung, dass die Träger und die Stadt eine unterschiedliche Auffassung zu der Höhe der „ortsüblichen Miete“ haben. Diese wiederum ist ein entscheidender Bestandteil der Betriebskosten.

Die Verwaltung wird Anfang 2023 zunächst den Jugendhilfeausschuss informieren. Anschließend werden die Vereinbarungen vor ihrem in Kraft treten der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Damit wäre dann eine weitere wichtige Rahmenbedingung für ein langfristig gesichertes Angebot an Kita-Plätzen in Potsdam geschaffen.

Dr. Sigrid Müller
Jugendpolitische Sprecherin

Stadtverordnete Tina Lange fragt nach: Zustand des Sportplatzes der Regenbogengrundschule Fahrland

Der Sportplatz der Regenbogengrundschule Fahrland wird nicht nur durch die Schule, sondern auch durch mehrere Vereine rege genutzt. Die Nutzenden sind hauptsächlich Kinder. Alternativen dazu gibt es derzeit in näherer Umgebung nicht und insbesondere der Schulsport ist auch pflichtig. Der Sportplatz ist jedoch bekanntermaßen seit Jahren in schlechtem Zustand, muss aber bis zur grundlegenden Sanierung im Zuge der Erweiterung nutzbar bleiben. Dies scheint derzeit nicht mehr sichergestellt, da es inzwischen sogar mehrere Gefährdungsmeldungen und Gefährdungsbeurteilungen seitens der Schule gab, ohne dass daraus etwas folgte. Darum fragt Tina Lange die Verwaltung, seit wann der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) Schadens- und Gefährdungsmeldungen von der Schule bekannt (bitte auflisten inkl. Nennung der Meldungsgründe) sind? Wie die LHP mit solchen Meldungen (v.a. bei notwendigen Sperrungen) umgeht? Ob der Sportplatz derzeit trotz der immensen Schäden und der nach Einschätzung der Schule teilweisen Nichtnutzbarkeit nach Ansicht der LHP uneingeschränkt und ohne Verletzungsgefahr nutzbar ist? Wann die Schäden behoben werden und ob der der Sportplatz im Zuge der Schulerweiterung grundlegend saniert werden soll?

Wir sind gespannt auf die Antworten und werden sie in einer der nächsten Ausgaben informieren. Die Verwaltung hat vier Wochen Zeit für die Beantwortung.

Beschlossen



Kein Parkeintritt

Die Parks in Potsdam sind ein öffentliches Gut – das allen zugutekommen muss. Sie müssen der Allgemeinheit für eine öffentliche, verantwortungsvolle und kostenlose Nutzung zugänglich bleiben. Der Park Sanssouci hat eine wichtige Transit- und vor allem Erholungsfunktion. Er lädt Jung und Alt zum Entspannen und zum Genießen ein. Er ist ein Teil Potsdams. Darum muss der Eintritt frei bleiben! Zudem wird der Anspruch der Stiftung „die Kulturgüter der Öffentlichkeit zugänglich zu machen“ mit einem Eintrittsgeld untergraben.

Die Landeshauptstadt erwartet vom Bund, vom Land Brandenburg und vom Land Berlin, dass sie ihre Verantwortung für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Stiftung wahrnehmen. Potsdam sieht sich zugleich in der Verpflichtung, in enger Zusammenarbeit mit der Stiftung einen Beitrag zur Erhaltung des Weltkulturerbes zu leisten. Daher hat die Fraktion einen Antrag eingebracht, der sich auch weiterhin gegen die Einführung eines Eintrittsgeldes für den Park Sanssouci ausspricht. Des Weiteren appellieren wir an den Bund und die Ländern Berlin und Brandenburg ihre finanziellen Verantwortung für eine nachhaltige Pflege des Parks wahrzunehmen.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Das ist ein gutes Zeichen. Nun müssen sich die stiftungsgebenden Partner die Karten legen. Dann ist es die Aufgabe der Stadtverordneten über das Resultat der Verhandlungen zu diskutieren. Wir bleiben dran.

Sascha Krämer

Überwiesen

Bodenuntersuchungen am Campus Griebnitzsee

Alle, die die Führung von Markus Wicke auf dem Campusgelände Griebnitzsee erlebt und / oder die sehr interessante Publikation „Der Universitätscampus Griebnitzsee – Eine Standortgeschichte“ gelesen haben, konnten kurz die vielschichtige neuere Potsdamer Geschichte auf diesem Ort aufleuchten sehen.

Bei der Sanierung des Geländes wurde diese Standortgeschichte bisher einfach überbaut – originale geschichtliche Anker sind unwiederbringlich zerstört.

Mit diesem Antrag möchte die Fraktion sicherstellen, dass mögliche Zeitzeugen der Epochen auf dem Gelände dieses Schicksal nicht widerfährt.

Wie bekannt, wurde die zeitgeschichtliche Relevanz und deren Herausarbeitung auf dem Gelände im Kulturausschuss diskutiert und soll im Rahmen eines Ideenworkshops untersetzt werden. Das Land hat eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt. Die Stadt sollte ihrer Verantwortung für die Sicherung möglicher im Boden befindlichen Reste verschiedener Epochen zu übernehmen.

Daher soll mit dem vorliegenden Antrag der Oberbürgermeister beauftragt werden, sich für sichernde Bodenuntersuchungen auf dem Gelände zum Bebauungsplan Nr. 160 „Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee“ einzusetzen.

Die Fraktion geht nach der jetzigen Sachlage davon aus, dass die im Boden befindlichen Zeitzeugen denkmalrechtlich relevant sind und damit vielleicht ein Bodendenkmal begründen könnten. Aus der Antwort einer Kleinen Antwort geht hervor, dass es bisher noch keine Prüfung noch Untersuchungen gibt.

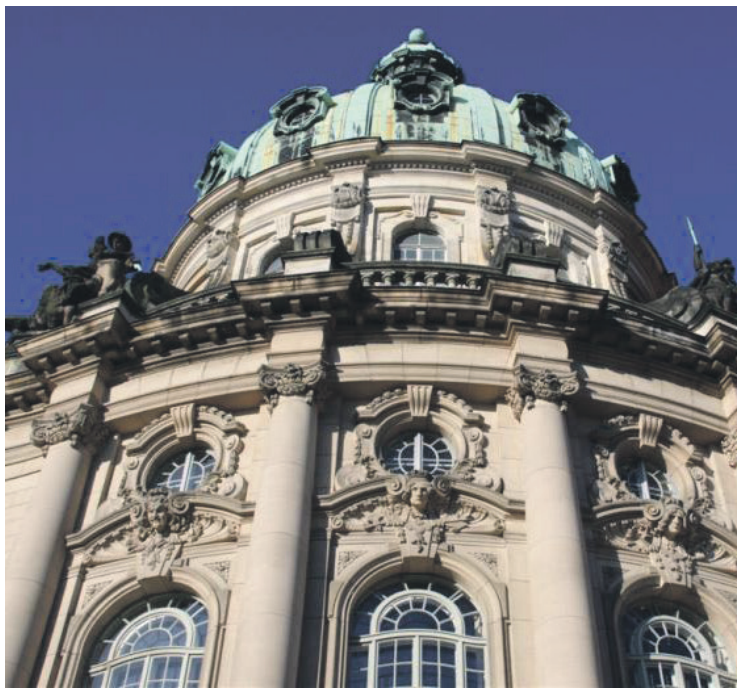
Um eine sachgerechte Diskussion und Umgang mit dem Thema zu ermöglichen, schlagen wir die Überweisung in den Fachausschuss SBWL vor.

Dr. Anja Günther



„Sozial. DIE LINKE – unsere neue Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung“

Sozial. DIE LINKE Stadtfraktion in eigener Sache



Hinter den LINKEn Stadtverordneten in Potsdam liegen turbulente Wochen. Und sie enden mit einer Zäsur: der Bildung einer neuen LINKEn Fraktion in der Potsdamer SVV. Sie trägt den Namen „Sozial. DIE LINKE.“ und ist vom Kreisverband als die vertretungsberechtigte Fraktion der Partei anerkannt worden. Was war passiert:

In der Stadtverordnetenversammlung am 7. September stimmte Ralf Jäkel, langjähriger parteiloser Stadtverordneter in der Linksfraktion, als einziger Stadtverordneter der anderen Fraktionen einem Antrag der AfD zu. Ein für DIE LINKE. nicht hinnehmbarer Tabubruch. Ein politischer Fehler, der klare Konsequenzen verlangt. Und er geschah bereits zum zweiten Mal. Beim ersten Fall im Frühjahr gab es eine Aussprache mit den beiden Fraktionsvorsitzenden, um Wiederholungen solcher Vorkommnisse zu vermeiden. Öffentlich spielte der Vorfall keine Rolle. Nun allerdings wiederholte er sich, mit entsprechenden inhaltlichen Ausführungen im Rahmen der Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters und dem dazu passenden Abstimmungsverhalten. Bereits in der ersten Fraktionssitzung nach der SVV wurde Ralf Jäkel daher von mehreren Fraktionsmitgliedern aufgefordert, sein Mandat für DIE LINKE. abzugeben. Das schloss er aus. In einer ersten Reaktion bestätigte er sein Abstimmungsverhalten und begründete es damit, dass er das Anliegen des Antrags teile. Später bezeichnete er es als „Fehler im Eifer des Gefechts“. Eigene Konsequenzen lehnte er über mehr als zwei Wochen ab. Gegenüber der Presse verglich er den Vorgang gar mit dem Umgang mit der PDS in den 90er Jahren. Das wolle er nicht mit sich machen lassen. Ein Vergleich, der in der Sache verfehlt und emotional schier unerträglich ist.

So kam es schließlich am 26.9. zur Debatte über einen Fraktionsausschluss. Eine große Mehrheit der Fraktionsmitglieder forderte Ralf Jäkel im Rahmen der Debatte erneut auf, eigene Konsequenzen aus seinem Fehler zu ziehen – und machte deutlich, dass eine weitere Zusammenarbeit mit ihm in einer Fraktion nicht denkbar sei. Der Ausschluss-Antrag wurde mit 7:2:1 Stimmen abgelehnt – die Geschäftsordnung sieht für den Ausschluss eine ¾-Mehrheit vor, der Betroffene stimmt selbst mit ab. Auch nach dem Abstimmungsergebnis bestand keine Bereitschaft von Ralf Jäkel, den Weg für eine weitere Zusammenarbeit in der übrigen Fraktion durch eigene Konsequenzen freizumachen.

Die 8 Mitglieder der bisherigen Linksfraktion Michél Berlin, Anja Günther, Sascha Krämer, Tina Lange, Dr. Sigrid Müller, Jana Schulze, Isabelle Vandre und Stefan Wollenberg haben daraufhin die Fraktion verlassen und zum 30.9. die neue Fraktion „Sozial. DIE LINKE“ gebildet. Gemeinsam werden sie bis zur Kommunalwahl 2024 die Interessen der Potsdamer:innen vertreten und weiter verlässlich an der Umsetzung von Kommunalwahlprogramm und Kooperationsvereinbarung arbeiten – konsequent sozial und antifaschistisch.

Termin für telefonische Bürgersprechstunde Oktober

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende
Mittwoch, 26. Oktober 2022
16.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 0173 / 617 11 50

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender
Mittwoch, 19. Oktober 2022
15.00 bis 17.00 Uhr
Dienstag, 25. Oktober 2022
16.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 0172 / 514 38 25

Sascha Krämer
Fraktionsgeschäftsführer
Montags und Donnerstags
10.00 bis 15.00 Uhr
Freitags, 10.00 bis 13.00 Uhr

Tel.: 0331 / 289 3051

Fraktionssitzung

17.10.
07.11.
14.11.
und 21.11.
jeweils 18 Uhr
Lothar-Bisky-Haus

Mail
dielinke.stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Nächste SVV
09. November 2022
15.00 Uhr
in der MBS Arena

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Sozial.DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



Bündnis für sozialen Zusammenhalt und Solidarität.

Wir sind das Bündnis "Gerechtigkeit. Jetzt!" Ein Bündnis für sozialen Zusammenhalt und Solidarität.

Strom, Heizung, Benzin, Lebensmittel – die Preise explodieren. Fast jeder ist betroffen. Die große Mehrheit der Gesellschaft droht, ihren hart erarbeiteten Wohlstand zu verlieren. Familien wie Selbstständige, Rentner*innen wie Angestellte – uns alle erdrücken die Energiekosten. Kleinen Betrieben und Vereinen droht die Insolvenz. Denn die Leute halten ihr Geld zusammen. Durchschnittlich 3.500 Euro mehr müssen Brandenburger Haushalte allein in diesem Jahr berappen – wer soll das bezahlen? Wer soll da noch ein gutes Leben führen?

Inflation heißt für die große Mehrheit: Erspartes wird aufgebraucht, Lohn wird gekürzt. Wer ohnehin nur mit Mühe und Not über die Runden kommt, den trifft es am stärksten. Viele Gehälter waren vorher schon zu klein, Renten und Sozialleistungen zu gering, Mieten zu hoch. Deutschland droht eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe! Ein paar Hilfs-Euro hier oder da sind keine Lösung. Die Preisexplosion muss dauerhaft gebremst und die Einkünfte der Normalverdienenden angehoben werden. Es braucht bezahlbare Mieten sowie höhere Renten und Sozialleistungen. Zahlreiche EU-Staaten deckeln die Energiepreise. Sie besteuern die Krisengewinne der Konzerne, um die Bevölkerung zu entlasten. Die Bundesregierung tut das Gegenteil. Mit der Gas-Umlage sichert sie die Profite von Konzernen auf Kosten der Bevölkerung. Das ist nicht gerecht. Das spaltet die Gesellschaft!

Komm zu unserer zentralen Kundgebung

Samstag, 15. Oktober um 14 Uhr am Alten Markt in Potsdam

Beteilige Dich an unseren Protesten in Deiner Nähe! Geh auf die Straße für Gerechtigkeit. Jetzt!

Wir kommen aus Vereinen und Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen, der Kultur, dem Sport und der Wirtschaft. Wir stammen aus allen Regionen, Stadt wie Land. Wir sind hier geboren oder zugezogen. Wir stehen für die Interessen der Mehrheit in diesem Land. Wir sind das Bündnis „Gerechtigkeit. Jetzt!" – Schließ Dich uns an! Gemeinsam sind wir stark.

„GASTMODERNE" im Rechenzentrum

Ausstellung und Begleitprogramm zum „Potsdam" in Minsk und dem „Minsk" in Potsdam

Das neue eröffnete Potsdamer Kunsthaus Minsk ist seit Tagen in aller Munde. Doch wie kam es eigentlich zu einer belarussischen Nationalitätengaststätte in Potsdam? Wie sah das Partnerrestaurant aus, das „Potsdam" in Minsk? Welche belarussischen und ostdeutschen Künstler:innen haben die Interieurs der Restaurants warum wie gestaltet? Und wie gehen wir mit dem Erbe dieses 50jährigen Austauschs und des Sozialismus um? Die Ausstellung „GASTMODERNE", welche am 6. Oktober im Rechenzentrum eröffnete, erzählt ausführlich von der ambivalenten Entstehungsgeschichte und der Gestaltung der Restaurants in Minsk und in Potsdam in den 1970er Jahren. „GASTMODERNE" erinnert außerdem an das umkämpfte Schicksal der Bauwerke nach dem Ende der gastronomischen Nutzungen und schlägt den Bogen von den Debatten rund um die Potsdamer Stadtentwicklung bis zu den niedergeschlagenen Protesten in Belarus im Spätsommer und Herbst 2020. „GASTMODERNE" ist die Potsdamer Edition Partnerausstellung zum Ausstellungsprojekt »Das Minsk«, das im Oktober 2020 in der belarussischen Hauptstadt stattfand. Die Geschichts- und Kunstausstellung zeigt Originalobjekte der mittlerweile verschwundenen Interieurs beider Gaststätten, historische Fotos, Pläne, Archivmaterial sowie Arbeiten zeitgenössischer Künstler:innen aus Belarus, Deutschland und Kanada. Die Künstler:innen Rozalina Busel (Belarus, aktuell in Polen), Uladzimir Hramovich (Belarus, aktuell in Berlin), Rodney LaTourelle (Kanada, lebt in Berlin), Martin Maleschka (Eisenhüttenstadt) und Sonya Schöneberger (Berlin) kommentieren den Umgang mit dem Nachlass des Austauschs und mit dem Bauerbe der Nachkriegsmoderne. Das Begleitprogramm lädt Beteiligte aus der 50-jährigen Geschichte Potsdam - Minsk in Zeitzeugentreffen, Stadtführungen, Rundgängen, Artist Talk und Vortrag ein den Austausch fortzusetzen. „Die Schicksale der beiden Restaurantgebäude und die Zeugnisse zivilgesellschaftlichen Widerstands in Minsk und Potsdam sind mehr als nur architektonische Zeitgeschichte", betont Oxana Gourinovitch, Kuratorin der Ausstellung: „Sie verraten auch viel über politische Prozesse und Erinnerungskultur." Die Architekturhistorikerin Oxana Gourinovitch hatte ebenfalls die Ausstellung „Das Minsk" kuratiert, welche im Oktober 2020 in Belarus gezeigt wurde. Anja Engel, Leiterin des Kunsthauses Rechenzentrum, Mitinitiatorin der Ausstellung in Potsdam und zuständig für das Begleitprogramm, freut sich „dass die Ausstellung mit dem Rechenzentrum einen Ort gefunden, der ebenfalls für Debatten über das Erbe der sozialistischen Moderne, die Macht der Zivilgesellschaft und das Recht auf Dissens steht."

Die Ausstellung wird bis zum 27. Oktober gezeigt.

Öffnungszeiten: Mit – Fre: 14 – 18 Uhr, Sam & Son: 11 – 16 Uhr
Der Eintritt ist frei. Spenden sind erwünscht.

Niemanden auf die Straße setzen – Wohnungskündigungen verhindern



Inflation und Preissteigerungen in allen Lebensbereichen sind bittere Realität für zu viele Menschen in diesem eigentlich reichen Land. Sie führen nicht nur zu einer steigenden Armutsgefährdung, sondern ganz unmittelbar dazu, dass u.a. Stromrechnungen und die Miete nicht mehr bezahlt werden können. Umso wichtiger ist es jetzt, die Mieter:innen zu schützen und dafür zu sorgen, dass niemand auf die Straße gesetzt wird. Einige Kommunen sowie deren Unternehmen, wie die Pro Potsdam, haben daher bereits erklärt, sowohl auf Stromsperren, als auch auf mietrückstandsbedingte Kündigungen verzichten zu wollen. Das schützt jedoch ausschließlich Menschen, die in einem kommunalen Wohnungsunternehmen leben. Solang die Ampelkoalition im Bund sich weigert, einen Mietenstopp sowie ein Kündigungsmoratorium zu beschließen, können wir daher an Vermieter:innen nur appellieren. Ein Hebel hierzu ist das Brandenburger Bündnis für Wohnen, in welchem der Großteil der Wohnungsmarktakteure des Landes organisiert ist. Daher haben wir die Landesregierung im Oktoberplenum aufgefordert, mit den im Bündnis vertretenen Vermieter:innen vertraglich zu vereinbaren, dass niemand ihrer Mieter:innen auf Grund von Mietrückständen auf die Straße gesetzt werden darf. Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, einen Rettungsschirm für die öffentlichen und gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen aufzulegen, um der kommunalen Wohnungswirtschaft, den Genossenschaften sowie Projekten des Mietshäusersyndikats finanziell unter die Arme zu greifen.

Isabelle Vandre (MdL)

In den Arzt-Praxen wird es kalt und dunkel

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg hat am 30. September 2022 in einer Resolution vor einem Ausverkauf der ambulanten Versorgung durch Politik und Krankenkassen gewarnt!

Sollten die Neupatientenregelung tatsächlich gestrichen sowie Ärzte und Psychotherapeuten auf den steigenden Betriebskosten für ihre Praxen sitzengelassen werden, sehen sie schwarz für die ambulante medizinische Versorgung in Brandenburg.

„Unsere Praxen müssen geheizt werden, medizinische Geräte verbrauchen Strom. Anders als Krankenhäuser sollen die ambulanten Praxen keinen finanziellen Ausgleich für immens steigende Energiekosten erhalten. Das bedeutet: Um die Heizkosten im Zaum zu halten, wird es in Wartezimmern und Behandlungsräumen kühler werden. Energieintensive Geräte müssen ganz oder teilweise abgeschaltet und Sprechzeiten verkürzt werden, um Strom zu sparen“, heißt es u.a.. Und: „Wir fordern von den Bundes- und Landespolitikern: Fahren Sie die wohnortnahe ambulante Versorgung nicht gegen die Wand!

Nehmen Sie die Krankenkassen in die Pflicht. Die gestiegenen Personal- und Betriebskosten in unseren Praxen sowie der Inflationsausgleich müssen in der Gesamtvergütung für das kommende Jahr berücksichtigt werden!“





Woher kommt die Inflation?

DIE LINKE bringt es auf den PUNKT:



Im August 2022 lagen die Verbraucherpreise fast 8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Das Ifo-Institut rechnet für Anfang 2023 mit einem weiteren Anstieg auf 11 Prozent. Langsamere Preissteigerungen werden erst 2024 wieder erwartet. Seit 50 Jahren war die Inflation in Deutschland nicht so hoch. Hauptgrund für die schnelle Preissteigerung sind die hohen Energiepreise. Erdgas kostete schon Ende 2021 doppelt so viel wie 2020. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist der Gaspreis in ungekannte Höhen geklettert. An der europäischen Energiebörse oder auf kurzfristigen »Terminmärkten« oder »Spotmärkten« kostet Gas zehn- bis 15-mal so viel wie vor einem Jahr.

Auch die Strompreise sind seit Mitte 2021 gestiegen und seit Beginn des Kriegs explodiert. Grund für den Preisanstieg bei Erdgas war zunächst die steigende Nachfrage in Asien, nachdem in der Corona-Krise die Produktion gedrosselt worden war. Die weltweiten Förderkapazitäten waren nicht in gleichem Maße ausgeweitet worden. Russland lieferte weniger Gas aus und wollte damit die Rückkehr zu langfristigen Verträgen durchsetzen. Inzwischen ist der Gasimport aus Russland fast zum Erliegen gekommen, was den Preis weiter nach oben treibt.

Als Ersatz für russisches Gas importiert die Bundesregierung verstärkt verflüssigtes Erdgas (LNG). Das ist am Markt nur begrenzt erhältlich. Die zusätzliche Nachfrage treibt so den Preis nach oben. Flüssiggas ist 20 Prozent teurer als durch Leitungen geliefertes Gas, denn die Verflüssigung, die Kühlung auf minus 160 Grad und der Schiffstransport verursachen zusätzliche Kosten. Der Gaspreis wird absehbar höher liegen. Der Marktpreis für Strom wird vom Gaspreis nach oben gedrückt. Das sieht die Marktordnung der EU seit der Liberalisierung des Strommarkts Ende der 90er Jahre vor: Der in der EU an der Strombörse gehandelte Strom wird zum Preis des teuersten benötigten Stroms verkau. Das ist derzeit Strom aus Gaskraftwerken. Der Gaspreis schlägt so auf die Strompreise durch, obwohl nur ca. 15 Prozent des deutschen Stroms aus Gaskraftwerken kommt.

Die Hälfte des Stroms kommt aus erneuerbaren Quellen. Entsprechend haben die Energieunternehmen ihre Gewinne im ersten Quartal verdreifacht. Verstärkt wird das Problem durch den Ausfall französischer Atomkraftwerke, so dass zusätzlicher Strom aus Gaskraftwerken erforderlich ist.

Durch die hohen Energiepreise steigen die Kosten für alle Produkte, zu deren Herstellung oder Transport Energie bzw. Wärme nötig ist: Bäckereien, Brauereien oder Stahlwerke; Erdgas ist ein wichtiger Grundstoff in der chemischen Industrie und wird beispielsweise zur Düngerherstellung verwendet. Über höhere Preise für Dünger werden wiederum landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel teurer. Unternehmen rechnen mit der Inflation und erhöhen ihre Preise. Manche Unternehmen schlagen zusätzliche Gewinnmargen drauf. Die Gewinne der Mineralölkonzerne sind mit den Benzinpreisen durch die Decke gegangen.

Wegen der hohen Energierechnungen müssen viele Menschen bei ihren sonstigen Ausgaben sparen. Das Ifo-Institut warnt vor einer Rezession, weil die private Nachfrage einbricht. Für 2023 rechnen sie mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland um 0,3 Prozent. Menschen haben derzeit nicht zu viel Geld, sondern zu wenig. Um die Inflation zu stoppen, müssen die Energiepreise sinken:

■Gas- und Strompreise für Verbraucher*- innen deckeln. Frankreich, Spanien, Portugal, Norwegen, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Belgien machen es vor.

■Auf den Strompreis an den Börsen muss ein Deckel. Krawerke mit Kosten über dem Höchstpreis, vor allem Gaskraftwerke, erhalten einen Ausgleich der Mehrkosten.

■Übergewinne der Energiekonzerne besteuern. Gibt es in Griechenland, Frankreich, Spanien, Italien und Ungarn schon. Mit einer angemessenen Quellensteuer könnten auch die in Deutschland erwitschaeten Profite der Ölfirmen hier versteuert werden. Dann könnte die Übergewinnsteuer 100 Milliarden Euro einbringen.

■Die Energiepreise werden auch durch den Hochfrequenzhandel an den Börsen angetrieben. Höchste Zeit für eine europaweite Finanztransaktionssteuer!

■Energie in Bürger*innenhand! Wir wollen Strom- und Wärmenetze in die öffentliche Hand überführen, große Energiekonzerne vergesellschaften. Mit Stadtwerken und Windkraftanlagen in kommunaler Hand stärken wir das öffentliche Eigentum – und sichern bezahlbare Preise.

■Mieten bundesweit deckeln, um weitere Preissteigerungen zu verhindern.

■Alle Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen Inflationsgeld von monatlich 125 Euro plus 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied erhalten.

Verbraucherzentrale informiert: Nahrungsmittelpreise explodieren

Die Nahrungsmittelpreise stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 19,1 Prozent. Solch große Preissteigerungen hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben. Hohe Preissteigerungen wurden insbesondere beobachtet bei:

- Mehl u. a. Getreideerzeugnissen: in Brandenburg +42,4 Prozent, darunter Weizenmehl in Brandenburg +54,7 Prozent

- Eiern: in Brandenburg +23,8 Prozent

- Butter: in Brandenburg +56,4 Prozent

- Fleisch und Fleischwaren: in Brandenburg +22,0 Prozent, hier insbesondere Produkte aus Rinder- und Schweinefleisch sowie Geflügelfleisch

- Sonnenblumen-, Rapsöl oder Ähnliches: in Brandenburg +67,3 Prozent

- Obst/Gemüse: in Brandenburg +13,8 Prozent - während sich Gurken und Zwiebeln überdurchschnittlich verteuerten (+64,8 bzw. +33,0 Prozent).

Himmelfahrtsexkursion im Goldenen Herbst

Am 7.10.22 konnten wir endlich wieder den seit zwei Jahren wegen Corona ausgefallenen traditionellen Ausflug unserer älteren GenossInnen realisieren. Diesmal brachte Genossin Marianne Kypke den Stein ins Rollen und schlug als Ziel die mecklenburgische Landeshauptstadt Schwerin vor. 33 GenossInnen und SympathisantInnen machten sich per H&H -Bus auf den Weg. Herrlicher Sonnenschein begleitete uns die ganze Fahrt über. Wir lauschten aufmerksam den einführenden Erläuterungen unseres Reiseleiters zur Geologie und Historie unseres Reiseziels. Wer wusste schon, dass auch „Meck-Pomm“ seit der Völkerwanderung von slawischen Stämmen besiedelt wurde, dass 1160 der Sachsenherzog Heinrich der Löwe über den Obotritenfürsten Niklot siegte und bald die kleine Insel im Schweriner See zum Sitz



eines Bistums und einer Grafschaft, später eines Herzogtums wurde. Auf dieser Insel steht heute das märchenhafte Schweriner Schloss, Sitz des Landtages (FOTO). Unweit davon entwickelte sich die Stadt. 1171 wurde der erste Dom gestiftet. Heute ist die Stadt geprägt von vielen Bauten des Historismus des 19. Jahrhunderts, die glücklicherweise auch den II. Weltkrieg überstanden. Wir umwanderten das Schloss, das in der Mitte des 19. Jhd. als neue Residenz gebaut wurde und heute als eines der bedeutendsten Bauten des Historismus in Europa gilt, bewunderten die alten Bäume im Schlossgarten, spazierten durch die wunderbar sanierte Altstadt und besichtigten den Dom. Das Mittagessen im „Kartoffelhaus“ war vorzüglich, und nach der Fortsetzung unseres Spaziergangs erwartete uns Thomas mit den obligatorischen Pfannkuchen und heißem Kaffee am Bus. Auf unserer Heimfahrt bot sich uns noch ein überraschendes, nicht eingeplantes Erlebnis: In der Gegend um Linum versammelten sich auf den abgeernteten Feldern in der untergehenden Sonne Hunderte von Kranichen, bereit zum Flug gen Süden! Ein erlebnisreicher Tag fand damit einen krönenden Abschluss!

Alle Teilnehmer danken den beteiligten Organisatoren herzlich, besonders aber wieder dem Kreisvorstand für die großzügige finanzielle Unterstützung dieser Fahrt!
Hella Drohla

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++

18. Integrationspreisverleihung in der Landeshauptstadt Potsdam

In der Reithalle des Hans-Otto-Theaters wurde am 25. September 2022 zum 18. Mal der Integrationspreis der Stadt Potsdam verliehen. In der Kategorie „Projektidee“ gewann das interkulturelle Frauentheaterprojekt KARAWANSEREI, in der Kategorie „Vereinsarbeit“ das Projekt Kinder- und Jugendcircus Montelino Potsdam e.V., in der Kategorie „Einzelleistung“ das Engagement von Hamikullah Habibi und in der Kategorie „Solidarität“ die Initiative „Seite an Seite“.

Die von der Künstlerin Susanne Specht 2020 gestalteten und das erste Mal verliehenen Wanderpokale des Integrationspreises wanderten nun an die Preisträger*innen des Jahres 2022 weiter. Die Sonderpreise der Nachbarschaft von ProPotsdam erhielten: „Die helfenden Häuser“ – die Potsdamer Nachbarschafts- und Begegnungshäuser haben sich in den ersten Monaten nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine in besonderer Weise für die geflüchteten aus der Ukraine in unserer Stadt engagiert. Der „Integrations – und Schulgarten am Schlaatz“ des Brandenburgischen Kulturbund e.V. ist ein komplexes Projekt mit vielen Perspektiven. Er verbindet die Idee einer guten, interkulturellen Nachbarschaft mit der Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft. Gärtner*innen aus aller Welt bewirtschaften gemeinsam den Schulgarten für Kitas, Schulen und als Standort für gemeinnützige Bildungsprojekte.

Die Preisträger wurden durch eine unabhängige Fachjury unter Vorsitz von Birgit Müller (DIE LINKE), der ehemaligen Vorsitzenden der SVV der Landeshauptstadt Potsdam, ermittelt.

Ostsofakino im „Thalia“ Babelsberg

Anfang Oktober 2022 startete im „Thalia“-Kino das Ostsofakino. Das Ostsofakino zieht als neue monatliche Reihe ins Thalia und soll aus kleinen Fernsehformaten großes Kino machen. Kuratiert von der Filmhistorikerin Evelyn Hampicke werden Filme aus dem Deutschen Rundfunkarchiv gezeigt.

Ostsofakino macht TV-Erlebnisse von diesseits der ehemaligen Zonengrenze sichtbar, die unser Gedanken- und Werte-Universum beeinflussten, das DDR-Alltagsleben abbilden und mitbestimmten. Wie in allen historischen Filmen sind zeitgenössische Träume, Ängste, Glücksansprüche oder Abgründe der Zeit in Geschichten, bewegte Bilder und Figuren umgesetzt. Jeder Film wird eine Einführung erhalten, die Zusatzinformationen zu Drehzeit, literarischen Vorlage, eventueller ideologischer Indoktrination, historischer Sichtweise des Films aber auch unterhaltende Aspekte u.s.w. enthält. Ein wenig Geschichte, Filmgeschichte und Geschichten.

++Termine ++ Termine++

15.10. 14 Uhr Gerechtigkeit. Jetzt! – Großdemo , Start: Alter Markt

19.10. - 16 bis 19 Uhr, kostenlose Rechts- und Sozialberatung, Bornstedt Johan-Bouman-Platz

20.10.- ab 18 Uhr Linker Stammtisch, Wohngebietsgaststätte Nowawes, Großbeerenstr. 5

21.10. - 19:30 Uhr, Buchvorstellung „Auf dem Klo habe ich noch nie einen Schwan gesehen“ (30 Jahre Conne Island Leipzig), Buchhandlung Sputnik (Charlottenstr. 28)

22.10. - 12 Uhr, Solidarisch durch die Krise - Großdemonstration von u.a. ver.di und Paritäter, Invalidenpark Berlin

26.10. - 16 bis 19 Uhr, kostenlose Rechts- und Sozialberatung, Zentrum Ost nahe Rewe

26.10. 18: 30 Uhr Linker Frauen*Stammtisch – Kleidertauschparty – rotbloq (Zeppelinstr. 7)

01.11. - 18 Uhr, Bericht und Diskussion: Chile nach dem Referendum – Vorbild neuer sozialer und ökologischer Bewegungen?, Café HausZwei im freiLand, veranstaltet durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg

02.11.- 17 bis 19 Uhr, kostenlose Rechts- und Sozialberatung, rotbloq (Zeppelinstr. 7)

09.11. - 16 bis 19 Uhr, kostenlose Rechts- und Sozialberatung, Am Stern Johannes-Kepler-Platz